



International

Schutz der Menschenrechte in von Rohstoffabbau betroffenen Gemeinschaften

Projektnummer IPG17/INT-RMR.135642

Projektdauer 6 Jahre

Projektträger Fastenopfer, Luzern

Der weltweit rasant voranschreitende Rohstoffabbau hat für die Bevölkerung in armen Regionen oft fatale Auswirkungen: Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und Gewalt sind an der Tagesordnung. Die Kosten tragen die Menschen vor Ort, während die Profite in die Konzernzentralen, also auch in die Schweiz, abfliessen. *Fastenopfer* hilft der betroffenen Bevölkerung, ihre Rechte einzufordern.

An vielen Orten der Welt gibt es Spannungen und Konflikte um immer knapper werdende natürliche Ressourcen. Viele Regierungen konzentrieren sich auf den Rohstoffabbau zur Förderung des Wirtschaftswachstums, verabschieden Gesetze, die die Industrie begünstigen, und beeinträchtigen damit die Lebensgrundlagen der ansässigen Bevölkerung. Diejenigen, die sich für die Rechte der von Minen betroffenen Bevölkerung einsetzen, sind nicht selten von Angriffen, Drohungen, willkürlichen Verhaftungen und Verleumdungsklagen betroffen, wie unsere Partner regelmässig erfahren. Im Jahr 2020 wurden weltweit mehr als 600 wirtschaftsbezogene Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechtsverteidigerinnen gezählt. Das Internationale Programm Rohstoffe und Menschenrechte unterstützt Projektpartner in Kolumbien, Südafrika und Brasilien, die sich gegen die negativen Folgen von Minen wehren und ein Mitspracherecht der betroffenen Gemeinden einfordern. Dies hat dazu beigetragen, die Kampagnen von Partnern zu stärken, welche Missbräuche anprangern und ein Recht auf Zustimmung der betroffenen Bevölkerung verlangen. Im Jahr 2020 schränkte die Covid-Pandemie die Aktivitäten der Zivilgesellschaft stark ein. Unsere Partner konnten jedoch den Kontakt zu beteiligten Personen meistens telefonisch oder online sicherstellen. In der Schweiz war *Fastenopfer* stark an der Kampagne für die Konzernverantwortungsinitiative beteiligt. Gemeinsam mit Brot für alle mobilisierte *Fastenopfer* kirchliche Organisationen und Gemeinden für die Initiative, trug mit zwei Fallstudien zur öffentlichen Debatte bei und produzierte Informationsmaterial. Trotz der Ablehnung durch die Kantone zeigte die Unterstützung von 50,7% der Bevölkerung für dieses Anliegen die Legitimität der Forderungen nach einer verbindlichen Regelung von Unternehmensaktivitäten im Ausland. Auf internationaler Ebene verfolgt *Fastenopfer* die Diskussionen über die Schaffung von Sorgfaltspflichten und Haf-

tungsmechanismen für transnationale Konzerne weiter. In Lateinamerika ist die Entwicklung des internationalen Abkommens namens «Escazú» besonders bemerkenswert und bietet Hoffnung für Menschenrechtsverteidiger/innen in der Region.

Das Recht, Nein zu sagen

Auch für die *Fastenopfer*-Partnerorganisation *WoMin* liegen die katastrophalen Folgen des industriellen Rohstoffabbaus für die Lebensgrundlagen der Menschen in armen Regionen im Fokus ihrer Projektarbeit. *WoMin* unterstützte zum Beispiel in Madagaskar 150 Frauen, die sich gegen die Pläne für die Mine Base Toliara wehren. Das Projekt für eine Ilmenit- und Zirkon-Mine bedroht Wälder und die Lebensgrundlagen armer Menschen, die in der Zone leben. Dank Aktionen und Medienkampagnen, die auf die endgültige Stilllegung des Bergbauprojekts abzielen, wurde mit der Aussetzung des Betriebs der Mine bis Ende Dezember 2020 ein erster Erfolg erzielt.

Die Gemeinde Somkhele in Südafrika war massiven Drohungen, Einschüchterungen und Gewalt im Zusammenhang mit der Tendele-Mine ausgesetzt. Um auf diese Entwicklung zu reagieren, gründete *WoMin*, zusammen mit anderen NGOs in Südafrika, eine Koalition. In der konflikträchtigen Situation um die Erweiterung der Tendele-Mine wurde eine der führenden Aktivistinnen, Fikile Nshangase, im Oktober 2020 ermordet. Die Koalition forderte die südafrikanische Menschenrechtskommission auf, den Mord an Mam Fikile und anderen Aktivist/innen zu untersuchen. Briefe an den Polizeiminister wurden verfasst. Die Ermordung von Mam Fikile führte auch zu einer Aktion auf panafrikanischer Ebene mit dem Start eines Aktionsmonats.

Bedrohten Gemeinden eine Stimme geben

Auch *Iglesias y Minería*, ein junges Netzwerk von engagierten Kirchenleuten, wehrt sich zusammen mit betroffenen Gemeinden gegen den zerstörerischen Bergbau in verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Der Kommunikationsdienst des Netzwerks macht Umweltverschmutzungen und Menschenrechtsverletzungen publik und begleitet somit die Kämpfe der vom Bergbau betroffenen Gemeinden. Auch während der langen Monate der Covid-Pandemie wurden Webinare, Konferenzen, Seminare und Interviews organisiert. So zeigt z.B. ein Video die Arbeit der Kirche mit den Opfern von Brumadinho. Dort forderte der Bruch eines Staudamms der Bergbaufirma VALE 270 Menschenleben, Tausende von Familien wurden obdachlos, Flüsse verunreinigt, Ernten und Häuser zerstört. Zudem organisierte das Netzwerk eine Botschaft von Papst Franziskus an die Menschen in Brumadinho. Durch solche Videos, Nachrichten und Artikel wird die Stimme der vom Bergbau betroffenen Gemeinden gehört, insbesondere die Stimmen von Frauen und indigenen Gemeinschaften.

Danke!

Dank Ihrer grosszügigen Unterstützung kann das Internationale Programm von *Fastenopfer* Organisationen in Südafrika, Kolumbien, Brasilien und der Schweiz stärken und auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene für die Rechte der vom Rohstoffabbau Betroffenen eintreten. Dafür dankt Ihnen *Fastenopfer* ganz herzlich!



Streikposten ausserhalb
der Ikwezi Mine am Welttag
der Klimagerechtigkeit
25. Nov. 2020

Luzern, 8.4.21/François Mercier, verantwortlich für das Internationale
Programm Rohstoffe und Menschenrechte